

Prüfbericht: ÖVP und SPÖ droht

Keine besonders große Mühe hatte sich die SPÖ beim Erstellen des Rechenschaftsberichts gemacht. Auch die Bünde der ÖVP gerieten in Sachen Parteienförderung in die Kritik.

Nach der Wirtschaftsbund-Affäre und den Turbulenzen rundum die ÖVP-Organisation hatten sich die Mitglieder des Vorarlberger Landtags im Oktober 2022 auf ein neues Parteienförderungsgesetz geeinigt. „Es ist das Strengste in ganz Österreich“, befand Vorarlbergs Rechnungshofchefin Brigitte Eggler-Bargehr bei der Präsentation der ersten Prüfungsergebnisse am Dienstag. Gemeinsam mit ihrem Team hatte sie die Finanzströme der fünf Landtagsparteien genauer unter die Lupe genommen – und hatte einiges zu beanstanden.

Die Berichte wurden zum ersten Mal erstellt, das sollte man vielleicht berücksichtigen. Aber Gesetz ist Gesetz und gilt vom ersten Tag an.

Brigitte Eggler-Bargehr

Saldierungen festgestellt. Die Erträge der JVP wurden deutlich höher dargestellt, beim Wirtschaftsbund wurde Posten zu niedrig, ein anderer zu hoch ausgewiesen. Bei der FPÖ hätte aus Sicht von Eggler-Bargehr, der Verein „Die Freiheitlichen Vorarlbergs“ als Teilorganisation eingerechnet werden müssen – auch wenn sich dieser ohnehin bald auflösen würde. „Ziel und Zweck des Gesetzes ist es ja,



potenzielle Finanzströme darzustellen und es wäre ein leichtes, über solche Organisationen Mittel fließen zu lassen.“ Ein weiterer Punkt sei, dass die Freiheitlichen keine Spenden ausgewiesen hätten, obwohl es Kleinspenden gegeben hätte. „Das Gesetz in Vorarlberg kennt – anders als auf Bundesebene – keine Toleranz. Wird etwa beim Mitgliedsbeitrag nur ein Cent mehr gezahlt, muss dieser als Spende ausgewiesen werden.“ Lob von der Rechnungshofchefin gab es hingegen für die Grünen. „Die Methodik, wie innerparteiliche

Rückzahlung von Fördergeldern



Ertragsströme dargestellt werden, kann man bei den Grünen durchaus als vorbildlich ansehen.“ Bis auf wenige Abweichungen seien alle Anforderungen erfüllt. Auch die Neos kamen recht gut weg. „Der Bericht war übersichtlich. Die Gewinn- und Verlustrechnungen sind

richtig und vollständig. Vereinzelt gab es Zuordnungsfehler, die sich aber nicht auf die Bilanzsumme oder das Reinvermögen auswirken“, befand Eggler-Bargehr. Keine besonders große Mühe oder Gedanken beim Erstellen des Rechenschaftsberichts und der An-

lagen hatten sich offenbar die Roten gemacht. Der SPÖ-Landesgeschäftsführer hatte sich nahezu ausschließlich an bundesgesetzlichen Bestimmungen orientiert. Es fehlte der Vermögensausweis der Landesorganisationen, von den Gemeinden lagen lediglich jene

aus Bregenz vor. Die Anlage zu innerparteilichen Ertragsströmen war nicht erstellt, Personal, das von Bundesseite zur Verfügung gestellt worden war, nicht angeführt.

SPÖ-Geschäftsführer muss den Hut nehmen

Bei Beanstandungen sind gemäß Parteienförderungsgesetz teilweise Rückzahlungen der Förderung vorgesehen. Ob und wieviel die Partei zurückzahlen muss, entscheidet der Landesparteiintransparenzenrat. Bei der SPÖ sind die Chancen, dass sie zur Kasse gebeten werden, definitiv am höchsten. Landesparteichef Mario Leiter zog am Dienstag bereits erste Konsequenzen und setzte seinen Geschäftsführer vor die Tür. Inwieweit das zuständige Gremium Milde walten lassen wird, kann Eggler-Bargehr freilich nicht einschätzen. „Die Berichte wurden zum ersten Mal erstellt, das sollte man vielleicht berücksichtigen. Aber Gesetz ist Gesetz und gilt vom ersten Tag an.“

Groß ist die Freude bei ÖVP, FPÖ, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung nach dem Besuch von Verkehrsminister Peter Hanke (SPÖ), der den Vorarlberger Unterstützung in Sachen S18-Variante zugesagt hat. Keinesfalls erfreut ist hingegen Lustenaus Bürgermeister Patrick Wiedl (ÖVP). In sozialen Netzwerken reagiert der neue Gemeindechef empört ob der Tatsache, nicht einmal zum Treffen mit dem Verkehrsminister eingeladen worden zu sein. Über die Ergebnisse der Gespräche habe er sich über die Medien informiert. „Wir haben geglaubt, dass die schlechte Informationspolitik der ehe-

Nach Ministerbesuch: ÖVP-Ortschef und Grüne verärgert

Nach Zusage, ein Vorprojekt zur CP-Variante zu unterstützen, gehen die S18-Gegner in Lustenau auf die Barrikaden

maligen Ministerin Gewessler erledigt ist“, klagt Wiedl. Die Grünen wiederum trauern ihrer Ministerin nach, die das sündteure S18-Projekt in den vergangenen Jahren auf Eis gelegt hatte. Mit der Tatsache, dass die schwarz-blaue Landesregierung trotz angespannter Finanzlage am „Hochrisikoprojekt S18 CP“ festhält,

kann sich die grüne Doppelspitze gar nicht anfreunden, im Gegenteil: „Überall wird gekürzt – bei Familien, beim Klima, bei der sozialen Unterstützung. Aber zwei Milliarden Euro für eine Straße sind plötzlich kein Problem. Der Landeshauptmann sollte seine Prioritäten hinterfragen“, ärgert sich Eva Hammerer. Kritik

üben die Grünen auch am Vorgehen von Landeshauptmann Wallner. Dass er die Volksbefragung, in der 77 Prozent die CP-Variante abgelehnt hatten, einfach ignoriere und den Lustenauer Bürgermeister Patrick Wiedl nicht einmal zum Gespräch einlade, sei ein Affront. „Über die Köpfe der Betroffenen stur an der ab-

gelehnten CP-Variante festzuhalten und bei den kurzfristigen Entlastungsmaßnahmen weiterhin nichts tun, das ist der falsche Weg“, kritisiert Zadra. Wenig Verständnis für das Vorhaben, beim Sanierungsbedarf der Budgets den Schnellstraßenbau voranzutreiben, haben auch die Mitglieder der Initiative „Lebensraum Zukunft Lustenau - Unteres Rheintal“. „Wir unterstützen die Forderung des Lustenauer Bürgermeisters nach Einberufung eines Regionalforums, um bessere Verkehrslösungen zu finden. Dies entspricht dem mehrheitlichen Willen der Bevölkerung“, sagte Sprecher Eugen Schneider.

